



Wie es mit dem Wolf weitergeht

Kreisbauernschaften organisierten Podiumsdiskussion

„Wolf in der Nordeifel und Umgebung – Gegenwart! Zukunft?“ lautete der Titel der Veranstaltung, zu der die Kreisbauern- und Kreisjägerschaften Aachen, Düren und Euskirchen am Dienstag vergangener Woche eingeladen hatten. Das Thema stieß auf großes Interesse, weshalb die Aula der Landwirtschaftskammer Düren gut gefüllt war. Dort kamen Landwirte, Jäger und Vertreter von Behörden, Forstämtern, Tourismus, Naturschutz und Politik zusammen, um über den Umgang mit dem Wolf zu diskutieren. Begrüßt wurden sie von Erich Gussen, Vorsitzender der Kreisbauernschaft Düren, der im Zusammenhang mit dem Riss einer Kuh in Hürtgenwald die lange Zeitspanne zwischen Wolfsübergreif und Veröffentlichung der DNA-Ergebnisse bemängelte. „Das führt zu Frust bei den Tierhaltern“, mahnte er.

Es folgten Impulsvorträge von Dr. Josef Tumbrinck, seit wenigen Monaten Abteilungsleiter Naturschutz im NRW-Umweltministerium, Steffen Pinggen, Leiter Umwelt und Nachhaltigkeit beim Deutschen Bauernverband (DBV), Hermann Carl, Wolfsberater im Bereich Eifel, und Simon Darscheid, stellvertretender Vorsitzender des Schafzuchtverbandes NRW, und eine Podiumsdiskussion. In der Diskussionsrunde kamen einige Weidetierhalter aus der Region zu Wort, die von ihre Sorgen und Ängsten berichteten.

► Förderung wird überarbeitet

Zu der auf EU-Ebene geplanten Absenkung des Schutzstatus von Wölfen sagte Dr. Josef Tumbrinck, Abteilungsleiter Naturschutz im NRW-Umweltministerium: „Das befürworten wir, aber machen Sie sich bitte nichts vor, was das am Ende bewirkt.“ Es werde lediglich Er-

leichterungen für Einzelabschüsse geben, aber keine freie Jagd. „Das ist kein Allheilmittel. Daher gilt es, guten Herdenschutz zu machen und Tiere, die übergriffig sind, möglichst schnell zu töten“, betonte er. Doch was kann das Umweltministerium in NRW für die Weidetierhalter tun? Tumbrinck kündigte an, die Förderung präventiver Herdenschutzmaßnahmen in den nächsten Wochen auf ganz NRW auszuweiten. Außerdem werde die jetzige Förderrichtlinie überarbeitet. „Da diskutieren wir über die Förderung von Futter für Herdenschutzhunde, die Förderung der Unterhaltung von Zäunen und die Aufnahme weiterer Arten wie zum Beispiel Alpakas in die Förderrichtlinie“, führte der Abteilungsleiter aus.

Außerdem sei es in NRW seit Kurzem so, dass Tierhalter eine Entschädigung für tote Tiere erhalten, ohne dass ein DNA-Nachweis vorliegt, wenn ein Wolfsberater nach einer Inaugenscheinnahme von einem Wolfsriss ausgeht. „Wir nehmen Ihnen das Geld nicht wieder weg, wenn es dann nachher doch ein Hund war“, erklärte Tumbrinck. Nachdem aus dem Publikum die Nachfrage nach dem Umgang mit Wolfshybriden kam, stellte er klar, dass diese konsequent entnommen werden. „Wenn es durch den Wolf irgendwo eine Gefahr für den Menschen gibt, haben wir eine sofortige Abschussmöglichkeit“, betonte der Abteilungsleiter Naturschutz im NRW-Umweltministerium darüber hinaus.

► Jäger dürfen keinen Gnadenschuss abgeben

Hermann Carl ist Jäger und Wolfsberater der ersten Stunde im Bereich Eifel und schilderte anhand zahlreicher Bei-

Diskutierten über den Umgang mit dem Wolf (v.l.n.r.): Simon Darscheid, stellvertretender Vorsitzender des Schafzuchtverbandes NRW, Hermann Carl, Wolfsberater im Bereich Eifel, Steffen Pinggen, Leiter Umwelt und Nachhaltigkeit beim Deutschen Bauernverband, LZ-Chefredakteur und Moderator Detlef Steinert, Dr. Josef Tumbrinck, Abteilungsleiter Naturschutz im NRW-Umweltministerium, Erich Gussen, Vorsitzender der Kreisbauernschaft Düren, und Helmut Dahmen, Vorsitzender der Kreisbauernschaft Euskirchen.
Foto: Katrin John

spiele eindrucksvoll, welches Leid durch Wolfsrisse sowohl bei Weidetieren als auch bei ihren Besitzern verursacht wird. Ihn hat daran in den letzten Jahren am meisten belastet, dass es ihm als Jäger nicht zusteht, die schwer verletzten Tiere von ihrem Leid zu erlösen. „Bis ein Tierarzt rauskommt, wird es meistens Nachmittag und die Tiere liegen da mit herausgerissenen Organen. Wir Jäger dürfen nur Wild töten, aber keine Haustiere“, erklärte er. Deshalb bemühte er sich um eine Ausnahmegenehmigung, um schwer verletzte Tiere nach Wolfsrissen euthanasieren zu dürfen. „Das war ein langer Kampf“, berichtete der Jäger. Fast drei Jahre sei der ehemalige Polizist von einem Amt zu anderen gelaufen und war sogar beim Bundeslandwirtschaftsministerium in Berlin. Schlussendlich gab es dann Zustimmung von Veterinäramt, Polizeibehörde sowie Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV). Allein die Genehmigung durch die Polizei habe 450 € gekostet, die Hermann Carl aus eigener Tasche bezahlt habe. „Ich hoffe, dass wir damit eine Tür geöffnet haben und viele andere Wolfsberater, die auch Jäger sind, diese Möglichkeit bekommen“, wünschte er sich. Dr. Josef Tumbrinck versprach, diese Möglichkeit zu prüfen.

► Fehler nicht wiederholen

Simon Darscheid, stellvertretender Vorsitzender des Schafzuchtverbandes NRW, schilderte seine eigenen Erfahrungen mit dem Herdenschutz seiner 200 Schafe, für die er Herdenschutzhunde angeschafft hat. „Die 1,2 m-hohen Herdenschutzzäune sind ein großer Arbeitsaufwand im Bergischen Land. Ich bin recht glücklich mit den Herdenschutzhunden, aber sie kosten mich auch einen Haufen Geld“, machte er deutlich. In seinem Bezirk hätten mittlerweile 23 Schafhalter aufgegeben aufgrund sich häufender Wolfsrisse. Da er seine Schafe nahe der Grenze zu

Rheinland-Pfalz hält und damit im Wolfsgebiet des dort ansässigen Leuscheider Rudels liegt, weiß der Schäfer auch, wie im Nachbarbundesland mit dem Wolf umgegangen wird. „In Rheinland-Pfalz gibt es hauptamtliche Wolfsberater des Koordinationszentrums Luchs und Wolf (KLUWO), die viel Erfahrung haben. Das finde ich sinnvoller als in NRW, da die ehrenamtlichen Wolfsberater zum Teil noch Erfahrungen sammeln müssen“, meinte er. Nach einem Wolfsriss werde noch am selben Tag vom KLUWO eine Mail verschickt, um die Weidetierhalter in der betroffenen Region zu warnen, daran sollte man sich in NRW ein Beispiel nehmen. Außerdem würden in Rheinland-Pfalz 80 % des Aufbaus von Festzäunen bezahlt und Freischneider gefördert. „Wir gucken uns jetzt an, ob wir das in NRW auch machen können, um den Tierhaltern finanziell unter die Arme zu greifen“, stellte Dr. Josef Tumbrinck daraufhin in Aussicht. Darscheid resümierte: „Ich hoffe, dass es hier in der Nordeifel nicht so weit kommt wie am Niederrhein.“ Dort seien die Tierhalter zutiefst frustriert, weil es trotz der zahlreichen Risse bis heute nicht zu einem Abschuss gekommen ist. Dieser Fehler dürfe sich nicht wiederholen.

► Bestandsmanagement wäre möglich

Steffen Pinggen, Leiter Umwelt und Nachhaltigkeit beim Deutschen Bauernverband (DBV), bezeichnete die bisherige

Laute Kritik zum ersten Geburtstag

Jäger und Schäfer haben den sogenannten Schnellabschuss von Problemwölfen als wirkungslos kritisiert. Das vor einem Jahr von Bundesumweltministerin Steffi Lemke vorgestellte Verfahren habe den Praxistest bisher nicht bestanden, erklärte der Deutsche Jagdver-



Bisher wurde kein einziger Wolf durch einen Schnellabschuss erlegt.

Foto: imago/Dominik Kindermann



Dr. Josef Tumbrinck vom NRW-Umweltministerium kündigte an, dass die Förderung präventiver Herdenschutzmaßnahmen in den nächsten Wochen auf ganz NRW ausgeweitet wird. Außerdem werde die Förderrichtlinie überarbeitet.

Foto: imago/Steve Bauerschmidt

ge Wolfspolitik als Beschäftigungstherapie. „Die Probleme wachsen uns über den Kopf und es gibt keine Lösungen. Das muss ein Ende haben. Wir können nicht ständig nur über Herdenschutz reden. Wir wissen alle, dass es keine sicheren Weiden gibt. Wir müssen in ein Bestandsmanagement des Wolfs einsteigen“, betonte er. Das wäre EU-rechtlich möglich, da der gute Erhaltungszustand in Deutschland erreicht sei. Dafür müsse Deutschland das EU-Recht vollständig umsetzen und alle Ausnahmen

der FFH-Richtlinie übernehmen. Darum könne sich auch NRW bemühen, „aber da gibt es aus NRW bisher keinen Antrag im Bundesrat, die Ausnahmen der FFH-Richtlinie zu übernehmen“, bemängelte er. Trotzdem hat der DBV gemeinsam mit allen Landnutzverbänden im Aktionsbündnis Forum Natur ein Modell für die Regulierung des Wolfbestands entwickelt. Dazu gehöre der schnelle, unbürokratische und rechtssichere Abschuss von Problemwölfen. Auf Schilderungen aus dem Publikum, dass manche Flächen aufgrund landschaftlicher Gegebenheiten nicht mit Herdenschutzzäunen eingezäunt werden könnten, empfahl Pinggen, einen Blick nach Bayern zu werfen. Dort gebe es einen Leitfaden zur Zumutbarkeit von Zäunung. „Warum modifizieren Sie den nicht für NRW? Wenn Tierhalter bestimmte Flächen nicht einzäunen können, muss es dafür eine Antwort geben“, forderte der DBV-Referent. kj

Wolf kommt ins Jagdrecht

Der Wolf wird ins hessische Jagdrecht aufgenommen. Den entsprechenden Entwurf für ein neues Jagdgesetz hat der Landtag am Donnerstag vergangener Woche angenommen. Damit sind laut den Erläuterungen des Landwirtschaftsministeriums in Wiesbaden die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, die das Land für eine aktive Bestandsregulierung des Wolfs hat. Diese könne erfolgen, sobald der Bund und die Europäische Union den Schutzstatus des Wolfs herabsetzten. Ressortchef Ingmar Jung sieht die Bundesregierung in der Pflicht, ein Bestandsmanagement des Wolfs auf den Weg zu bringen. Es sei höchste Zeit, dass in Regionen mit vielen Wolfsrudeln die Population eingegrenzt werden könne. ◀

Der DJV machte mit Aktionen in Berlin auf die Probleme aufmerksam. Der Förderverein der Deutschen Schafhaltung organisierte am Freitag eine Protestkundgebung am Brandenburger Tor. Auch hier wurde darauf hingewiesen, dass bis heute kein einziger Wolf auf Basis des Schnellabschussverfahrens erlegt wurde. Die Politik müsse adäquate Lösungen bieten und berechnete Einwände und Sorgen ernst nehmen. Einen effektiven Ansatz zur Lösung des Wolfsproblems sieht der Förderverein in einer Raumplanung, die das Auftreten von Wolfsrudeln in städtischen und viehhaltenden Gebieten unterbindet. ◀